

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Insertate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Petitzeile. Der Beitrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 11

Sonntag, den 18. März

1917

Nun ans Werk.

Voll Hoffnung und Erwartung sehen wir den Ergebnissen unserer Werbeweche entgegen. Nicht, daß wir die Schwierigkeiten verkennt, die sich einem großen Wurf entgegenstellen — wir haben sie vielmehr aufgedeckt und manchen Fingerzeig zu ihrer Ueberwindung gegeben. Erfolge hängen im wesentlichen von der Geschicklichkeit und der Begeisterung ab, mit der die dazu Berufenen ans Werk gehen.

Verufen dazu sind freilich alle, die dem Verband angehören und für seine Stärkung jederzeit eintreten sollen. Jeder kann in seiner Art seine Kraft für diese Aufgabe einsetzen. Diesmal aber soll jeder das äußerste tun, was in seinen Kräften liegt. Geschicht dies, dann muß uns ein erfreulicher Erfolg beschieden sein.

Die Lage der Tabakindustrie ist in der Gegenwart eine besondere. Ihre Arbeiterzahl ist eine sehr viel höhere, als vor dem Kriege. Das allein muß uns schon anspornen, die Mitgliederzahl des Verbandes zu steigern. Im Verhältnis zur Zeit vor dem Kriege müßte sie die frühere Mitgliederzahl weit übersteigen, trotzdem tausende männliche Mitglieder zum Heere eingezogen worden sind.

Es bietet sich noch ein weites Feld zur Agitation. Selbst dort, wo sie noch am leichtesten zu betreiben ist — in den Fabriken. Denn ungleich leichter ist sie, als die Agitation unter den Hausarbeitern. Es giebt aber viele Fabriken mit einer Zahl von 50—150 Arbeitern, in denen höchstens ein Duzend oder gar nur ein halbes organisiert ist. Hier muß einmal kernig der Hebel angelegt werden. Eine zahlreiche Mitgliedschaft des Verbandes in den Fabriken muß überdies günstig auf die Hausarbeiter zurückwirken.

Wo Unternehmer in alter, rücksichtiger Weise noch gegen den Verband Maßregeln treffen, kann dem am besten durch die Agitation unter den in Fabriken Beschäftigten entgegengewirkt werden. Sind die letzteren zu bewegen, dem Verband beizutreten, dann wird durch ihr solidarisches Handeln jede Machination gegen den Verband kaltegestellt und der Unternehmer so gezwungen werden, das Koalitionsrecht der Arbeiter unangetastet zu lassen. Nötigenfalls wird der Verband durch seine Verwaltung die erforderlichen Maßnahmen treffen, um solche gewerkschaftsfeindliche Unternehmer in ihre Schranken zurückzuweisen.

Wo wirklich noch die alten Praktiken gegen den Verband beliebt werden, muß es den Arbeitern um so besser einleuchten, daß sie nur dazu betrieben werden, die Arbeiter getrennt zu halten, weil sich dann die Ausbeuterei leichter an ihnen vollziehen läßt. An einmütig handelnde, organisierte Arbeiter mag man nicht so leicht bedrückende oder gar schimpfliche Anforderungen zu stellen. Stehen die Arbeiter in einer Fabrik wie ein Mann zusammen, dann können sie sich den Respekt des Unternehmers erzwingen.

Ein nicht rücksichtiger, die gegenwärtigen Zustände übersehender Unternehmer wird vielmehr im Zusammenhalt der Arbeiter auch seinen eigenen Vorteil erblicken, denn gemeinsames Handeln erfordert Disziplin, die in einem wirtschaftlichen Unternehmen der Leitung die Arbeit erleichtert, das heißt wenn sie Verständnis dafür hat. Im übrigen beweist jede Maßnahme gegen den Verband, daß man seine Macht fürchtet; das bedeutet eine ungewollte Anerkennung seiner Macht, seiner Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter.

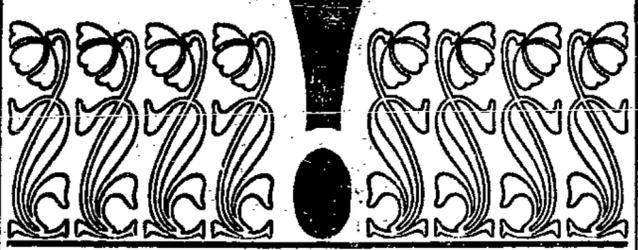
Während des Krieges hat sich übrigens der Verband durch seine vielgestaltige Tätigkeit die öffentliche Anerkennung nicht nur in Fabrikantentreifen, sondern auch an amtlichen Stellen errungen. Bei allen künftigen Maßnahmen, die für die Tabakindustrie getroffen werden, wird er seine Stellung dazu geltend machen. Regelung der Arbeiterverhältnisse, einerlei, ob sie auf privatem oder öffentlichem Wege versucht wird, kann künftig nicht mehr ohne Rücksichtnahme auf den Verband vollzogen werden. Und je stärker seine Mitgliederzahl, um so mehr wird er seinen Einfluß erhöhen. Alle Arbeiterfragen unterliegen auch seiner Entscheidung.

Mit der Neugestaltung der Verhältnisse nach dem Kriege wird sich auch die Tätigkeit des Verbandes erweitern. Schon jetzt muß er sich auf manches einrichten, das vorbereitend kommende Verhältnisse berücksichtigen. Neu hinzutretende Mitglieder werden sonach mit auf künftige Verhältnisse vorbereitet und gefestigt, so daß man zuverlässiger dem Kommenden entgegen sehen kann.

Und nun zur Ehre des Verbandes noch ein Wort! Die Opfer, die der Verband nach Ausbruch des Krieges brachte, ehren ihn für alle Zeit und werden nie vergessen werden. Als plötzlich Arbeitslosigkeit, Not und Elend in ungemessener Furchtbarkeit in die Reihen der Tabakarbeiter einbrach, griff der Verband sofort energisch

ein, ohne Rücksicht auf die Erschütterung seiner Finanzen. Bis auf einen kleinen Rest opferte er sein Vermögen zu Unterstützungen für die Unglücklichen, die am meisten unter den plötzlichen schweren Folgen des Krieges zu leiden hatten.

Außerdem trug er durch seine inneren Einrichtungen nach Kräften dazu bei durch Arbeitsvermittlung; durch Aufforderung an die Unternehmer, Arbeiter nicht zu entlassen; durch Vorschläge aller Art, Arbeitskräfte nicht brach liegen zu lassen, das Elend zu mildern, wo es nur möglich war. Das muß uns zu Dank verpflichten, aber auch unsere Pflicht erhöhen, nunmehr, in günstigerer Geschäftsperiode, alles beizutragen, was auch seine materielle Kraft wieder stärkt und zwar so, daß sie allen künftigen Anforderungen gewachsen ist.



In letzter Stunde!

Unsere Agitationswoche beginnt. Noch in letzter Stunde richten wir an alle Kollegen und Kolleginnen die dringende Aufforderung, sich in den Dienst der guten Sache zu stellen. Noch einmal seien die Ortsverwaltungen, seien alle Funktionäre ersucht, die letzten Vorbereitungen zu treffen und dann mit sicherer Hand das Ganze zu leiten und zum Erfolg zu führen!

Am 18. März beginnt unsere Agitationswoche. In feberhaftem Eifer sehen wir die Kollegen und Kolleginnen für ihre Organisation wirken. Ueberall soll und muß gestritten werden für die Sache der ganzen Tabakarbeiterschaft!

Reicht die Woche nicht aus, um in jedes Haus zu kommen, so kann am 25. März, einem Sonntag, schließlich der Rest erledigt werden. Uebrigens steht nichts im Wege, die Agitation solange zu betreiben, bis alle Unorganisierten aufgesucht sind.

Wird noch Agitationsmaterial gebraucht, so wolle man sofort an den Vorstand schreiben. An alle Zahlstellen sind Sendungen abgegangen. Auch die bis jetzt erfolgten Nachbestellungen sind erledigt. Leider sind die Postverhältnisse derart, daß häufig Verzögerungen eintreten.

Die Ortsverwaltungen wolle bis zum 30. März an die Gauleiter über das Resultat in ihrer Zahlstelle oder der Umgegend berichten. Auch wenn keine neuen Mitglieder gewonnen worden sind, ist Mitteilung zu machen.

Die Gauleiter wolle an den Vorstand bis zum 2. April die Resultate, zusammengestellt nach Zahlstellen, berichten.

Nun an die Arbeit! Möge der Mühe Preis ein prächtiger Erfolg sein!



So ist die Agitation, die der Verband in nächster Woche unternimmt, zu bewerten. Die Kulturarbeit, die der Verband mit dieser Agitation leistet ist nicht zu unterschätzen. Mehr wie in jeder andern Industrie haben wir es in den anzuerkennenden Kollegen und Kolleginnen mit Neulingen für die Arbeiterbewegung zu tun, die den Ring schließen helfen sollen, der die Ausbeutung arbeitender Menschen durch den Kapitalismus ausschließen soll. In freier, selbstgewollter Tätigkeit sollen sie aber auch lernen, den gegenwärtigen Verhältnissen abzurufen, was zur Hebung ihrer wahrlich schwer gedrückten Lage nur irgend möglich ist.

Unsere Ziele sind klar, unsere Wege sind geradeaus. Für das Gelingen der Werbung stehe nun ein, wer kann. Also ans Werk!

Änderungen im Reichsamt des Inneren.

Bei der Beratung des Stats des Reichsamts des Inneren im Hauptausschusse des Reichstages kam auch die beabsichtigte Teilung des Reichsamtes des Inneren zur Sprache. Die Frage ist nicht neu, sondern so alt, wie das Reichsamt des Inneren, selbst. In Arbeiterkreisen ist sie seit langen Jahren als eine brennende behandelt worden, denn die Arbeiterangelegenheiten hatten unter der Häufung der Geschäfte dieses Reichsamtes schwer zu leiden. Es ist schier ungläublich, wieviel Sparten im Reichsamt des Inneren zusammengepackt sind und welche unterschiedliche Fragen von ihm behandelt werden müssen.

Da ist es in der Tat höchste Zeit, daß eine Aenderung eintritt und mehr Kräfte für eine geordnete Erledigung aller Geschäfte eingesetzt werden. Leider wird es bei der geplanten Aenderung bei einer Zersplitterung bleiben, statt sofort eine organische Neugliederung nach großen Gesichtspunkten vorzunehmen. Die Regierung, gestützt auf den Widerspruch des Unternehmertums, will keine Teilung in zwei Ämter mit je einem Staatssekretär an der Spitze, sondern es soll wiederum der ganze große Umfang der jetzigen und künftigen Geschäfte der Aufsicht eines einzigen Staatssekretärs unterstellt bleiben. Nur ein zweiter Unterstaatssekretär soll eingesetzt werden.

Mit dieser unzulänglichen Aenderung wird die alte Kamalität nicht beseitigt. Bald wird sich herausstellen, wie kurzfristig und unpraktisch diese Reorganisation ist. Freilich — einzelne Fragen wird man schon schärfer ansprechen müssen, aber sie werden bei der Vielbeschäftigung eines einzigen Staatssekretärs verschleppt, nicht schnell genug erledigt werden können. Daraus wird dann das Drängen nach einer weiteren Aenderung entstehen und so statt der klaren Scheidung höchstens neue Differenzen und Verwicklungen bringen.

Es gibt Interessenten, denen ein derartiger Gang der Dinge ganz angenehm ist. Das sind eben jene, die sich gegen die Einrichtung zweier Ämter mit einem Staatssekretär an der Spitze wenden. Jene Kreise befürworten, die der Sparte Sozialpolitik spinnefeind sind, sehen alles daran, zu verhindern, daß der Sozialpolitik in der Regierungstätigkeit mehr Spielraum gegeben werde. Gerade die Sozialpolitik aber erheischt bei den Zuständen, die der Krieg hervorgerufen hat, eine eingehendere Würdigung und Behandlung, das wird sich sofort zeigen, wenn der Krieg zu Ende ist und die Friedenswirtschaft beginnt.

Wie notwendig ist doch die Einsetzung eines Reichsarbeitsamtes mit den umfassendsten Befugnissen. Es gäbe fast allein schon Stoff genug, um einen Staatssekretär zu beschäftigen, wenn die Arbeits- und Arbeiterverhältnisse richtig und erfolgreich behandelt werden sollen. Es ist bekannt, wie stark der Widerstand im Unternehmertum gegen ein Reichsarbeitsamt ist. Natürlich müßte es seine Untergliederungen mit Arbeitsämtern und Arbeiterkammern haben. Von jeher sind aber solche Forderungen vom Unternehmertum bekämpft worden, deshalb fand sich auch nie eine Mehrheit im Reichstage, die einmal gründlich diesen notwendigen Forderungen Nachdruck verliehen hätte.

Neben dem Widerstand aus großkapitalistischen Kreisen ist es aber auch die Regierung selbst, die sich gegen eine durchgreifende, organische Aenderung sträubt. Sie will die straffste, eng umgrenzte Zentralisierung der inneren Politik, um sie desto leichter beherrschen zu können. Systematisch wird dadurch eine breitere Behandlung von Arbeiterfragen und damit die stärkere Einflußnahme der Arbeiter selbst verhindert. In dieser Absicht liegt die ganze Lösung des Rätsels, warum man nicht, wenn eine Aenderung doch unumgänglich ist, ganze, durchgreifende Arbeit macht. Die Einwände, die der Staatssekretär Dr. Helfferich im Ausschusse dagegen geltend zu machen suchte, sind nicht stichhaltig. Man hört sie und findet daraus nur die Absicht, um Himmelswillen keine Grundlage zu schaffen, auf der die Arbeiterschaft ihre Interessen besser wahrnehmen und vertreten könnte.

Die Teilung des Reichsamtes des Inneren gehört zu dem Kapitel von der Neuorientierung. Die ganze Anlage der Aenderung zeigt schon, daß es die Methode des Pelzwäschens ist, ohne ihn naß zu machen. Wenn so bereits auf wirtschaftlichem Gebiete engrüstig die Entwicklung eingeschnürt wird, dann wird das Atthma auf politischem Gebiete erst recht nicht gehoben werden.

Eine Verbesserung der Zustände könnte nur eintreten, je mehr den breiten Massen Anteil an den sie berührenden Geschäften des Reiches gewährt wird. Das erfordert Zugänglichkeit zu allen

Resorts in weitestem Maße. Die Verengung der Geschäftsgrenzen gestattet dies nicht. Um aber alle Geschäfte von einem einzigen Staatssekretär übersehen lassen zu können, sieht man von einer Erweiterung ab. Der Staatssekretär beglückwünschte die Weigerung, einen zweiten Staatssekretär einzusetzen, mit den Worten, „es sei nicht richtig, daß ein Staatssekretär nicht den ganzen Geschäftskreis übersehen könne. Jedes große Unternehmen müsse letzten Endes von einer Stelle geleitet werden.“

Mit diesen Ausführungen wirft der Staatssekretär nur offene Fenster ein. Uebersehen läßt sich der große Geschäftskreis, des Reichsamts des Innern wohl von einem einzigen Staatssekretär, aber eine andere Frage ist es, ob er jedem der vielgestaltigen Zweige die nötige Arbeit widmen kann. Und das ist doch der Kernpunkt, um den es sich bei der Reorganisation dreht. Die einheitliche Leitung ist bei der Teilung in zwei Ämter mit verantwortlichen Leitern ebenfalls nicht ausgeschlossen, da für alle Handlungen der Reichskanzler verantwortlich ist.

Wie dürftig die wirtschaftlichen Angelegenheiten jetzt behandelt werden, das ergibt sich aus der Bemerkung des Staatssekretärs: „Für die Produktionsstatistik haben wir jetzt kein Personal.“ Dazu hätte man sich vor dem Kriege kein Personal und zwar hätte man sie nicht wollte. Warum? Ihre Einführung würde unterlassene notwendige Eingriffe aufdecken und außerdem — das ist die Hauptsache — die Arbeiter- und Sozialpolitik ganz andere Wege weisen, auf denen die Arbeiterverhältnisse besser zu regeln wären. Wer das versteht, wird die stets betriebene Beiseitenschiebung einer Produktionsstatistik verstehen.

Uebrigens, wenn ein zweiter Unterstaatssekretär eingesetzt wird, muß man ihm doch auch mehr Personal zur Verfügung stellen. Sonst hätte die Ernennung eines zweiten Unterstaatssekretärs weiter keine Bedeutung als die einer Titelvermehrung. Wir erwarten trotz der beschränkten Aenderung eine Erweiterung der Geschäfte, und besonders die Gewerkschaften werden dafür sorgen, daß Arbeiterfragen nicht mehr nur so oberflächlich behandelt werden.

Es war, alles in allem, keine glückliche Begründung, die der Staatssekretär für die Aenderungen im Reichsamt des Innern einsetzte. Vielleicht hört man aus den Plenarverhandlungen eindringliche Gründe herer, die für eine durchgreifende Aenderung eintreten, denn der amtliche Bericht aus der Ausschussführung gibt nur wenige Worte von den Einwürfen, die dem Staatssekretär entgegengekehrt wurden. Dann werden wir auf die Sache zurückkommen.

Frauenerven und Krieg.

Wie wirkt die Kriegswirtschaft auf die Nerven der Frau? — über dieses Thema hielt der Berliner Nervenarzt Dr. Moll Vortrag für die Hausfrauenvereine. Aus seinen Ausführungen sei folgender Auszug wiedergegeben:

Die allgemeine Erregung bei Beginn des Krieges hat ihren Einfluß auf die männliche wie auf die weibliche Bevölkerung ausgeübt; überall hat man jedoch beide Geschlechter, so hat doch der Krieg weit mehr auf das weibliche Geschlecht revolutionierend gewirkt als auf das männliche. Der Wirkungsbereich der Frauen wurde plötzlich ein weiterer und zum Teil ein ganz anderer, darauf mußten sie sich erst allmählich einstellen. Neben der reinen Hausarbeit muß auch die sogenannte Menge an jetzt geleisteter sozialer Frauenarbeit, wie die unermesslichen Ernährungsaufwendungen und dergleichen berücksichtigt werden, will man den Kriegseinfluß auf die Nerven der Frau verstehen.

Wenn man berücksichtigt, mit welcher Geduld und Ausdauer Frauen alle Mühsale des Krieges ertragen haben, wie sie trotz gelegentlichen Zornausbrüchen geduldig die Schwierigkeiten der Ernährung und der Beschaffung der Nahrungsmittel ertragen haben, so wird die Frauwelt aus dem Kriegsergebnis einen außerordentlichen Gewinn davon tragen, nicht nur für die Lebenszeit, sondern auch einen Gewinn für die gesamte Zukunft, der sich erst nach Jahrzehnten zeigen wird und vielgestos wieweg gegenüber den verhältnismäßig geringen Schädigungen, die den Nerven der Frauen in dieser Zeit erwachsen sind.

Wie man sieht, stellte der Vortragende den Frauen ein günstiges Prognostikon. Es kommt freilich darauf an, wie die Frauen die gewonnene Position ausnutzen. Aber würde geh's nimmer. Dafür sorgt schon die Gesamtentwicklung nach dem Kriege, die ja doch auch durch den Umsturz auf andere Weise gedrängt wird.

Die höhere soziale Stellung der Frau ist eine notwendige Folge ihrer vielseitigen Inanspruchnahme während des Krieges. Schon die Bekleidung öffentlicher Ämter und Funktionen durch ungezählte Frauen weist der Frau einen höheren Rang in der menschlichen Gesellschaft an, als früher. Das treibt sie immer weiter vorwärts. Als höchstes Ziel steht der Frau die völlige Gleichberechtigung vor Augen. Um es zu erreichen, wird es ihrer eigenen, weiteren öffentlichen Betätigung bedürfen, der sie ebenso selbständig freiwillig nachgehen muß, wie der Mann.

Es mag wohl Kreise geben, die den Frauen nach dem Kriege die alte Titanei vordrängen: „Die Frau gehört ins Haus!“ Aber sie wollen damit nur das Aufwärtsstreben der Frau verhindern. Dabei kalkulieren sie reaktionär, denn sie meinen, wenn die Frauen wieder in den alten Schranken verfallen, dann wird dem allgemeinen Fortschritt ein Bein gestellt. Für sie ist die Gleichberechtigung der Frau ein hassenwertes Postulat, weil sie die den Zusammenbruch der Herrschaft bedroht über sie bringt.

Das Streben der Frau nach Gleichberechtigung fällt übrigens in vielen Stücken mit der gleichen Forderung des Mannes zusammen. Oder besteht etwa die Gleichberechtigung unter Männern? Nein! Weder wirtschaftlich noch politisch. Nur daß die Stellung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft noch tiefer unter der des Mannes ist. Grund genug, daß sie alles tun, um sich aus dieser unwürdigen Lage zu befreien. Sie brauchen sich nur mit den gleichberechtigten Kreisen der Männer zum gemeinsamen Streben nach gleichem Ziel zu verbinden, um es desto eher zu erreichen.

Sind die Nerven der Frau in der Kriegszeit auf höchste gespannt und erprobt worden, so werden sie auch die Anforderungen der sozialen Kämpfe ertragen, die ihnen noch bevorstehen. Auch darin wird der „außerordentliche Gewinn“ bestehen, den die Frauwelt aus dem Kriegserlebnis davonträgt.

Gewiß werden den Vätern auch Nachteile aus der Ueberspannung und Ueberreizung der Nerven noch auf lange Zeit hinaus entstehen. Nicht nur, daß Kriegsteilnehmer oder sonstige schwachere Männer durch die Furchtbarkeit des Krieges völlig zerklüftet sind, auch viele, viele Frauen sind dem ungeheuerlichen Eindruck unterlegen, und viele werden ein unheilbar zerrüttetes Nervensystem weitererschleppen. Selbst auf künftige Generationen wird sich dieser Zusammenbruch vererben. Aber wo noch die Kraft vorhanden ist, mitzuwirken an den höchsten idealen Zielen, muß sie mit eingeleitet werden, damit die Menschheit künftig bewahrt wird vor solchen Ueberfällen auf ihr Nerven, ihre Kraft, ihre Existenz, ihre Kultur.

Die grosse Musterung.

Nun ist sie da, unsere Agitationswoche. Vom 18. bis 24. März soll die große Musterung vor sich gehen. Alles, was irgend brauchbar ist für den Verband, soll gemustert werden, was irgend möglich soll ausgehoben und pflichtgemäß in den Dienst der Tabakarbeiterfrage gestellt werden. Auch die Arbeiterbewegung kennt eine allgemeine Wehrpflicht, und zwar nicht nur für die Männer, sondern für alle. Hier sind die Frauen und Mädchen ebenso gut dienstbrauchbar, wie die Männer. Es gilt für die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, durch ein großes, gewaltiges Heer ihre Interessen zu schützen.

Aber es ist sonderbar, daß sich so viele der allgemeinen Wehrpflicht in der Tabakarbeiterbewegung entziehen. Es ist doch wahrhaftig nicht nötig, daß überall erst ein staatlicher Zwang angewendet werden muß. Massen in Bewegung zu legen, Ueberdies würde auch wohl ein solcher Zwang zur Organisation niemals ausgeübt werden, ganz abgesehen davon, daß wir ihn nicht wünschen. Aber man sollte meinen, daß die Menschen, besonders die Arbeiter und Arbeiterinnen, sich ganz freiwillig und mit Freuden der Wehrpflicht unterordnen würden, um ihre allgemeinen oder beruflichen Interessen zu verteidigen! Das trifft aber nicht zu. Vor dem Kriege, zu jener Zeit, da die drei Organisationen der Tabakarbeiter ihre größten Mitgliederzahlen hatten, waren es insgesamt etwa 48 000 Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, die durch ihre Zugehörigkeit zu einer dieser Organisationen sich in den Dienst der Tabakarbeiterfrage stellten. Der Deutsche Tabakarbeiterverband hatte damals rund 38 000 Mitglieder. Dabei ist aber zu bedenken, daß es in der Tabakindustrie damals 170—180 000 Beschäftigte gab. Nun hört es sich ja gar nicht so schlecht an, wenn man sagt, daß in der Tabakindustrie 48 000 Arbeiter und -arbeiterinnen unter den Waffen stehen, das heißt also organisiert sind. Bedenkt man dagegen aber die Zahl der überhaupt Beschäftigten, so muß man doch bekennen, daß noch viel Agitationsarbeit zu erledigen ist.

Es gibt schließlich für den Arbeiter und die Arbeiterin nur einen Weg, um die Lage zu verbessern, und das ist der eigene Wille und die eigene Tat! Die Gewerkschaftsbewegung ist aufgebaut auf dem Gedanken der Selbsthilfe. Durch die Zusammenfügung der Machttheile der Einzelnen zu einer Machtfülle, mit der im wirtschaftlichen Leben unbedingt gerechnet werden muß, sollen unsere Forderungen erreicht werden. Damit ist nicht gesagt, daß wir nicht, so gut wie andere Interessengruppen die Gesetzgebung in Anspruch nehmen wollen, soweit es unseren Zwecken dienlich erscheint. Aber auch das fällt in das Gebiet der Selbsthilfe, denn wenn wir uns nicht in achtunggebender Stärke zur Vertretung unserer Interessen zusammengefunden haben, so preist uns die Gesetzgebung etwas. Wenn wir nicht wissen, was wir wollen und uns nicht im großen Heerhaufen hinter unsern Willen stellen, so wird man uns mit mitleidigem Achselzucken beiseite schieben. Also der eigene Wille, die eigene Tat, mit einem Wort: Selbsthilfe immer und überall!

Ist es richtig, daß man sich erst eringen muß, was man an wirtschaftlichem Wohlergehen zu besitzen wünscht; ist es richtig, daß man Schulter an Schulter stehen muß um Gefahren abzuwehren, so kann niemand bestreiten, daß die Erfolge bei einer kleinen Schar nur klein sein können. Wir wollen die Schar der gegenwärtig organisierten Tabakarbeiter- und -arbeiterinnen gewiß nicht als klein bezeichnet haben, aber ohne Frage ist doch das Verhältnis der Organisierten zu den Unorganisierten noch recht ungünstig. Freilich ist uns wohl bewußt, daß der Einfluß der Organisationen größer ist, als die blanke Zahl der Mitglieder ausspricht. In der Zeit von Not und Gefahr sehen auch viele Nichtmitglieder den Verband als Beschützer an. Doch das ist es gerade, daß so viele Tabakarbeiter und -arbeiterinnen nicht die Schlussfolgerung aus ihrem gelegentlichen Denken und Empfinden ziehen. Wir brauchen hunderttausend neue Mitglieder und brauchen alle Ruqveder als tätige nimmermüde Kämpfer! Dann möchten wir einmal sehen, wer uns hindern wollte, wirtschaftliche Erfolge ganz besonderer Art zu erreichen!

Und wenn wir nun in den Tagen vom 18. bis 24. März ausziehen und große Musterung halten, sollten wir dann nicht erwarten dürfen, daß unsere unorganisierten Tabakarbeiter und -arbeiterinnen unserer Werbung etwas leichter zugänglich sind als sonst? Wir meinen, daß der Krieg an sich, daß insbesondere aber die Wirkung des Krieges auf die Tabakindustrie auch den Gleichgültigsten ein wenig beeinflusst hat, zumal, wenn er nur eine schwache Ahnung von dem hat, was noch kommen mag.

Wir schreiben oben von einer allgemeinen Wehrpflicht aller Tabakarbeiter und -arbeiterinnen. Ein Zwang dazu ist in moralischer Hinsicht sehr wohl vorhanden. Die Aufgaben, die der Tabakarbeiterfrage in der nächsten Zeit bevorstehen, zwingt zum Dienst für die Tabakarbeiter-

frage auch den letzten unter uns. Die Selbsthilfe erfordert den freiwillig auferlegten Dienst im Heere der Tabakarbeiter. Muß man nicht als Einzelner oder als Einzelne die Größe empfinden, die in dem Zusammenschluß aller Tabakarbeiter zu dem einen gewaltigen Zweck, die Lage der Tabakarbeiter zu verbessern, liegt? Nur ein wenig Nachdenken, ein wenig Bewußtsein, und man muß zur Organisation kommen.

Allerdings werden bei unserer Agitation nicht alle Tabakarbeiter fassen; sie sind nicht immer zu erreichen in den abgelegenen Gegenden. Aber dort, wohin wir kommen können, muß so lebhaft gearbeitet werden, wie nie zuvor. Neue Scharen müssen gewonnen, neue Bataillone formiert werden! Es ist eine schlimme Zeit, in der wir leben. Sollten die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen sie verkennen und sich nicht bewußt sein, was ihrer harret, wenn sie sich in Gleichgültigkeit verhalten, so müssen sie sich auch nicht beklagen, wenn die Wellen über sie zusammenschlagen. Es wird auch mit einer starken Organisation noch manches kommen, das wir nicht ändern können und das in den kapitalistischen Verhältnissen seine Ursache hat.

Jedenfalls aber: Der Tag an dem wir unsere Musterung halten, sei auch ein Tag des Erfolges und der Ehre für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband.

Arbeite, werbe, kämpfe jeder, dann wird die große Musterung unser Heer wirkungsvoll vergrößern!

Vom Tabakmarkt.

Es wird aus Holland gemeldet, daß die Java- und Sumatra-Importeure eine Interessengemeinschaft behufs Finanzierung der deutschen Tabakankäufe gebildet haben. Um die Auflösung der Veneta (eine Verbindung von Tabakhändlern) zu erzwingen, sei vereinbart worden, alle Angebote des Tabakhändler-Syndikats zurückzuweisen; der Fortbestand der Veneta sei jedoch beschlossene Sache. —

Den Vereinigten Tabak-Zeitungen wird aus Amsterdam geschrieben:

Die Unterhandlungen betreffs der deutschen Rohstoff-Versorgung sind auf dem toten Punkte angelangt. Die dieswichtig hier geführten Besprechungen zwischen Abgeordneten der Detag (Deutsche Tabakhandel-Gesellschaft) und der Veneta (Niederländischer Tabakhandel) sind ebenso wie die Bestrebungen, die holländischen Importeure zum Beitritt in die Veneta zu bestimmen, gescheitert. Die Lösung der schwierigen Fragen ist also weiter entfernt als je. Soweit man die umlaufenden Gerüchte als auf Wahrheit beruhend einschätzen kann, hat die Detag von der Veneta statt der angebotenen 15—20 Prozent der Gesamtrenten, 40 Prozent als Quote für Deutschland gefordert, und überdies ein Aufsichtsrecht in die geschäftliche Tätigkeit der Veneta. Bestimmend wirken überdies die Versuche der Vertreter der Detag, unter Beiseitenschiebung des holländischen Tabakhandels, mit den holländischen Tabakimporteuren unmittelbar Beziehungen anzuknüpfen, ebenso mit einigen Großbankbetreibern der Valutaregulation; soweit bekannt, vergeblich, da sich die Importeure und Banken nicht zwischen zwei Stühlen setzen wollten. Ferner ist es zwischen der Veneta und den Importeuren, letztere geführt von dem früheren Kolonialminister und Deli-Planzer Herrn Cremer, einer sehr kraftvollen und einflussreichen Persönlichkeit, zum Bruch gekommen, den äußeren Grund scheint die Valutaregulation, worüber Detag und Veneta ebenfalls noch nicht einig waren, abgegeben zu haben. Die Importeure sollen nur gewillt sein, alle Tabacke unter freiem Wettbewerb in Einschreibung anzubieten und für die Bezahlung in Schatzanweisungen unter sich einen Garantiefonds zu zeichnen. Somit stehen die Meinungs- und Interessengegenstände schärfer als je einander gegenüber. Obendrein soll die Detag gewissermaßen in Form eines Ultimatum die Vereiterklärung zur Tabaklieferung unter den von ihr vorgeschlagenen Bedingungen gefordert haben, widrigenfalls die deutsche Tabakfabrikation auf 40 Prozent der Friedensproduktion mit gleichzeitiger Einführung von Zigarrenkate herabgesetzt werde. Dies hat hier die Ansicht gewekt, daß es sich um vorbereitende Maßnahmen für ein deutsches Tabakmonopol handele. Jedenfalls trifft die bei Erlass des Einfuhrverbotes ausgesprochene Erwartung zu, daß besonders im internationalen Verkehr künstliche wirtschaftliche Eingriffe unberechenbare Verwicklungen nach sich ziehen.

Ferner ist in demselben Blatte noch über die Anpflanzung in Java folgendes zu lesen:

Der Generalgouverneur von Niederländisch-Indien hat die verschiedenen Residenten der großen niederländischen Kolonie angewiesen, dahin zu wirken, daß in den tabakbauenden Distrikten so schnell wie möglich mit dem Anbau von Tabak aufgehört werden soll. An Stelle der Tabakpflanze sollen Kulturen treten, die der menschlichen Nahrung von Nutzen sein können. Der Generalgouverneur wird dabei von dem Gedanken geleitet, daß der europäische Krieg, der die internationale Schifffahrt so sehr behindert, auch die Ernährungsverhältnisse in der Kolonie selbst sehr ungünstig beeinflusst. Er will damit dem Mangel an Lebensmitteln in der Kolonie selbst abhelfen, die holländische Regierung wird dabei allerdings wohl auch daran denken, dem fühlbaren Lebensmittelmangel in Holland selbst durch vergrößerte Einfuhren aus Niederländisch-Indien soweit wie möglich abzuhelfen.

Das Schweizer Tabakmonopol.

Die „Vereinigten Tabak-Zeitungen“ berichten über das geplante Schweizer Tabakmonopol folgendes:

Der Bundesrat veröffentlicht soeben eine Vorlesung an die Bundesversammlung betreffs die Tabakbesteuerung.

Im ersten Teil erörtert er die Finanzlage der Eidgenossenschaft und sein Finanzprogramm, wobei er sich in längeren Ausführungen gegen die direkte Bundessteuer ausspricht, mit Rücksicht auf das nicht anzupassende Steuerrecht der Kantone und mit Rücksicht auf die politischen Widerstände, die einer direkten Bundessteuer insbesondere in der französischen und italienischen Schweiz entgegengekehrt würden. Die direkte Bundessteuer ist nach Ansicht des Bundesrats bloß die ultima ratio für den Fall, daß der Bund zur Wiederherstellung seiner Finanzen und zur Sicherstellung eines gewissen Spielraumes für die Zukunft über keine anderen nach Billigkeit oder Bedarf ihm zukommenden Einnahmemöglichkeiten mehr verfügen würde.

Der Bundesrat legt daher für die Finanzreform das entscheidende Gewicht auf die Verwirklichung des Tabakmonopols, das mindestens einen Ertrag von 20 Millionen ergeben muß. Nach der Ueberzeugung des Bundesrates vermag nur die Monopolform diesen Ertrag zu sichern. Weder eine Steuer im eigentlichen Sinne noch die Tabakeingangsölle, noch ein auf den Einkauf der Rohstoffe beschränktes Teilmonopol vermögen eine Summe von über 10 Millionen zu schaffen, oder wenn sie es könnten, so wäre es unter der Bedingung, einer alle billigen und verständigen Grenzen übersteigenden Belastung des Verbrauchers. Die Schattenseiten des Monopols verschwinden nach Ansicht des Bundesrates im Lichte seiner fiskalischen Leistungsfähigkeit. Der Tribut des Tabaks an die Staatskasse wird nicht allein durch seine weitgehende Teilbarkeit erträglich, sondern entgeht auch durchaus dem Verdachte, die mit Kindern gesegneten Familien unbillig zu benachteiligen. Ein weiterer Vorzug der Tabaksteuer vor anderen Verbrauchsabgaben liegt in der weitgehenden Möglichkeit seiner Abstufung nach dem Werte der Waren und damit nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ihres Verbrauchers. Dazu tritt der weitere Vorzug der gleichmäßigen regionalen Verteilung, durch die die Landesteile im gleichen Maße getroffen werden. Und endlich spricht für eine abträgliche Tabakbesteuerung und die damit unvermeidlich verbundene Verteuerung der Gedanke, daß dadurch einem sozialmäßigen Verbrauch Vorstoß geleistet wird.

Der Bundesrat erörtert im einzelnen die verschiedenen Systeme der Tabakbesteuerung. Er lehnt das Tabakzollsystem ab, das das Verbot der inländischen Tabakkultur zur Voraussetzung hätte, sowie wahrscheinlich Schmutzgel, schlechte Fabrikation und irrationelle Gestaltung der Verkaufspreise zur Folge hätte. Ebenso lehnt er die Fabrikationswertsteuer ab, weil diese nicht ein Ergebnis haben würde, wie es die Lage der Bundesfinanzen verlangt. In seiner Votsschluß erörtert der Bundesrat dann eingehend das Tabakmonopol, wobei er gegenüber dem Vorschlage von Tabakinteressenten, ein Rohstoff-Beschaffungs-Monopol zu errichten, feststellt, daß die Schätzungen ergeben haben, daß zur Aufbringung von jährlich 20 Mill. Frs. Ertrag durch ein Rohstoff-Monopol die Kleinhandelspreise einen 2 1/2 bis 3 mal so hohen Aufschlag erfordern, als für die Gewinnung eines gleichen Ertrages durch ein Vollmonopol erforderlich wäre. Der Bundesrat lehnt jedes Teilmonopol ab, schon wegen der unvermeidlichen Ertragsverminderung und auch mit Rücksicht auf die unvermeidliche Mehrbelastung der Konsumenten.

Der Bundesrat vertritt die Meinung, die Einführung des Tabakmonopols schädige die Privatinteressen so schwer, daß, wie auch bei der Schaffung des Alkoholmonopols, Billigkeit und politische Klugheit die Schadloshaltung der durch das Tabakmonopol beiseite gestellten Gewerbetreibenden verlangt. Die Fabrikanten und Händler beziffern die ihnen erwachsende Schädigung auf 60 bis 70 Millionen Frs., eine Summe, die dem Bundesrat überhöht erscheint.

Zum Schluß erörterte der Bundesrat die Frage, ob das Monopol in Form eines reinen Staatsbetriebes durchzuführen, oder ob eine gemischte wirtschaftliche Organisation vorzuziehen sei. Durch den Wortlaut des Verfassungsartikels wird diese Frage offen gelassen. Während der reine Staatsbetrieb nur durch eine staatliche Tabakverwaltung durchgeführt werden könnte, gestattet die gemischte wirtschaftliche Organisation mehrere Betriebsformen, für deren einfachste dem Bundesrat die Form der Aktiengesellschaft erscheint, in welcher der Bund allerdings eine dominierende Stellung einnehmen müßte. Die Angestellten dieser Aktiengesellschaft wären aber nicht Staatsbeamte und es würden ihnen gegenüber die aus dem öffentlichen Dienstverhältnisse fließenden Bindungen wegfallen. Anstellung, Beförderung, Beförderung und Entlassung können sich ganz nach Verdienst und Bedürfnissen richten. Der Organisationsfrage näher zu treten, hält der Bundesrat jetzt noch für verfrüht.

Den Kleinverkauf denkt sich der Bundesrat unter dem Monopol nach dem Rabattsystem geordnet. Der Bundesrat vertritt die Meinung, daß die Berücksichtigung der sozialen Zwecke aus dem Ertrage des Monopols erst dann eintreten kann, wenn das Gleichgewicht der Finanzen und die fulzessive Tilgung der Kriegsschulden als gesichert erscheinen.

Der Gau Hamburg und der ihm unterstellte Teil des Gaues Hannover im Jahre 1916.

Wie das Jahr 1915, so brachte auch das Jahr 1916 im ersten Gau hinsichtlich der Mitglieder- und Zulagenbewegung Erfolge, wobei jedoch zu konstatieren ist, daß die Mitgliederzunahme angesichts der Ergebnisse der Zulagenbewegung hätte größer sein müssen. Die Zahl der Zahlstellen blieb auf 36 stehen; die Zahl der Mitglieder, die Anfang des Berichtsjahres 4213 (davon 1102 weibliche) betrug, war Ende 1916 auf 4598 (davon 1428 weibliche) gestiegen. Die Zulagen betragen 69 männliche und 329 weibliche, im ganzen 398 Mitglieder, wovon die Zahlstellen

Hamburg-Altona mit einer Zunahme von 321 Mitgliedern den größten Anteil hatte.

Der Bezirk des zweiten Gaues, welcher der Gauleitung Hamburg unterstellt ist, blieb hinsichtlich der Zahl seiner 22 Zahlstellen gleichfalls unverändert, jedoch hat hier die Zahl der Mitglieder etwas abgenommen. Anfang 1916 hatten diese Zahlstellen 573 Mitglieder (davon 224 weibliche); Ende 1916 waren es 542 Mitglieder (davon 210 weibliche). Die Abnahme beträgt also 31 Mitglieder. Der Hauptanteil der Mitgliederverluste fällt auf die Zahlstelle Hannover, wo ein Teil der Zigarettenarbeiterinnen, nachdem dort ganz wesentliche Zulagen erzielt worden waren, wieder im Laufe des Jahres aus dem Verband bummelte. Diese Zahlstelle verlor 58 Mitglieder, während die Mitgliederzahl der anderen 21 Zahlstellen zusammen um 27. stieg.

Das Anlernen weiblicher Arbeiter im Zigarettenindustrie, das 1915 besonders in Hamburg-Altona und in mehreren Orten des Bremer Bezirkes einsetzte, wurde auch 1916 fortgesetzt, jedoch zeigte sich gegen Ende des Berichtsjahres in Hamburg schon der Beginn der Abstoßung dieser nur höchst notdürftig Angelehrten. Den wieder gesteigerten Ansprüchen der Fabrikanten genügt die Kriegsanfänger nicht. Außerdem hatten die Firmen, die ausnahmsweise in Hamburg-Altona Zigaretten anfertigen ließen, auch in ihren Filialen Arbeiterinnen angelernt und neue Filialen gegründet, so daß man im Interesse eines höheren Profits die Zahl der Arbeiter in Hamburg, wo höhere Löhne gezahlt werden mußten, reduzieren konnte.

Der günstige Geschäftsgang, der fast überall im Berichtsjahre herrschte, ermöglichte die Fortsetzung der 1915 begonnenen Zulagenbewegung. Hatte diese Bewegung für 1915 Zulagen von 5 bis 10 Prozent bei einigen Firmen etwas darüber gebracht, so war bis zur Annahme der neuen Tabaksteuer im Juni 1916 in vielen Orten die Erhöhung der Zulagen auf 10 bis 15 Prozent durchgeführt worden. Die dann einsetzende Bewegung der drei Bezirke ergab für den I. Gau und für den mit zugeteilten Bezirk des 2. Gaues fast allgemein Erhöhung der Zulagen auf 20 Prozent, in mehreren Betrieben auch darüber hinaus. Im ganzen sind Löhne resp. Zulagenzulagen im Minimum von 20 Prozent in 108 Orten der beiden Gaue bei 324 Firmen erzielt worden. Nach Landesteilen geordnet zeigt sich folgendes Bild: Hamburgisches Gebiet 58 Zahlstellen in 4 Orten, Schleswig-Holstein 58 Zahlstellen in 28 Orten, Mecklenburg 32 Zahlstellen in 12 Orten, Lübeck 9 Zahlstellen, Bremer Gebiet 48 Zahlstellen in 2 Orten, Oldenburg 12 Zahlstellen in 6 Orten, Hannover 91 Zahlstellen in 47 Orten, Braunschweig 16 Zahlstellen in 7 Orten, Hesse-Nassau 2 Zahlstellen in 2 Orten. Von den 324 Firmen sind 317 Zigaretten-, 8 Kau- und Rauchtabakfabrikanten und ein Zigarettenfabrikant. Unter 20 Firmen blieben die Zulagen von 22 Zigaretten-, 2 Tabak- und 10 Zigarettenfabrikanten, die sich auf 17 Orte verteilen. Hier betragen die Zulagen meistens 15 Prozent, nur in einigen Fällen darunter. Von den 58 Zahlstellen meines Wirkungsgebietes ist es von den für die Industrie in Betracht kommenden Zahlstellen nur Bredstedt in Schleswig-Holstein, wo es bei dem schlechtesten Organisationsverhältnis nicht gelang, die Zulagen des Jahres 1915 weiter in dem Berichtsjahre zu erhöhen. Sonst hat fast die ganze Kollegschaft dem Verbande wesentliche Aufbesserungen zu verdanken. Die Zulagen selbst sind bei der Mehrzahl der Großfabrikanten als Zulagenzulagen bewilligt. Jedoch bleibe nicht unerwähnt, daß ich bei den Verhandlungen vielfach auch bei diesen Fabrikanten die Meinung heraushörte, daß man die Zulagen als dauernd gegeben betrachte. Dies wird natürlich nur Wahrheit werden, wenn die Tabakarbeiter-schaft ihre Pflicht der Organisation gegenüber tut.

Ueber die beiden Bezirksnachweise im ersten Gau ist zu berichten, daß im Bezirksnachweis Hamburg im Jahre 1916 an Votanten 2109 gemeldet wurden. Vermittelt wurden 703 männliche und 1299 weibliche Arbeiter, im ganzen 2002 Arbeitssuchende, und zwar 24 Zigarettenhausarbeiter (darunter 3 weibliche), 36 Zigarettenhausarbeiterinnen, 604 Zigarettenhändler (darunter 18 weibliche), 76 Zigarettenhändlerinnen, 250 Kollertinnen, 385 Widelmacher (darunter 372 weibliche), 469 Zurlchter (darunter 468 weibliche), 76 Sortierer (darunter 32 weibliche), 18 Fertigmacherinnen und weibliche Bekleber, 3 Zigarettenarbeiterinnen; außerdem wurden im Gau 35 männliche Zigarettenarbeiter und ein männlicher Tabakspinner vermittelt. Welche Rolle bereits die weibliche Arbeiterschaft in Hamburg spielt, geht auch aus diesen Zahlen deutlich hervor. Das sollte eine Mahnung für die männlichen Kollegen sein, die Agitation für den Verband bei den weiblichen Tabakarbeitern mit aller Energie zu unterstützen.

Im Bremer Bezirksnachweis wurden im ganzen 1089 Votanten gemeldet. Vermittelt wurden 398 Arbeitssuchende (darunter 132 weibliche Arbeiter) und zwar 214 Zigarettenarbeiter (darunter 2 weibliche), 98 Widelmacherinnen, 27 Zurlchterinnen, 62 Sortierer (darunter 1 weibliche), 4 Bekleberinnen, 1 Pader, 2 Raubtabakarbeiter.

Der Gaunachweis Hannover, für den zweiten Gau, hatte im Berichtsjahre 28 gemeldete Votanten für Zigarettenarbeiter und Widelmacherinnen; 16 Stellen wurden besetzt. Zu wünschen wäre, daß besonders dem Nachweis Hannover alle Votanten, sowie die Arbeitssuchenden der einzelnen Orte prompt gemeldet würden, damit im Interesse der Kollegschaft die Tätigkeit des Vermittlungsweises eine erfolgreichere wird.

Im Berichtsjahre hatte ich 108 Touren nach 47 Orten zu machen; in Hamburg-Altona nahm ich an 52 Sitzungen, Fabrikversammlungen usw. teil. 12 Revisionsreisen fanden in 11 Zahlstellen statt. Die Zahl der Posteingänge (außer Druckfachen) betrug 1050 (im Jahre 1915 an Eingängen 782), die der Postausgänge 2040 (1429 im Jahre 1915). Das Berichtsjahr brachte also recht viel Arbeit; daß sie nicht vergebens war, beweist wohl der Bericht. Noch besser wären die Resultate hinsichtlich der Mitgliederbewegung und auch der Lohnbewegungen, wenn die Kollegschaft aller Orte die Gauleitung in wünschenswerter Weise unterstützte. Dies würde auch geschehen, wenn sich alle von jenem Geiste leiten ließen, der auf den beiden Gaun Konferenzen am Schlusse 1916 herrschte.

Rudolph Hadelberg.

An die Tabakarbeiterinnen von Kaiserslautern und Umgegend.

Schon öfter wurde vom Deutschen Tabakarbeiter-Verband versucht, unsere Lebenslage zu verbessern. Immer war es nur ein Bruchteil von Kolleginnen, welche sich mit Eifer und Mut der guten Sache anschlossen. Durch die Engherzigkeit und Neugierigkeit vieler anderer konnte so schnell nicht gehandelt werden, wie es eigentlich notwendig und von allen gewünscht war. Eine Anzahl Kolleginnen verlor den Mut, nachdem sie einige Wochen dem Verbande angehört hatten. Damit schädigten sie nicht nur die Mitarbeiter, sondern sich selbst. Jegliches Mitbestimmungsrecht im Arbeitsverhältnis ging verloren.

Diese Gleichgültigkeit hatte zur Folge, daß die Löhne im Verhältnis zu anderen Gegenden zurückblieben. Vor Kriegsausbruch wurden noch Kollertinnen gezahlt von 3,80 M und Widelmacherlöhne von 1,70 M pro Mille. Löhne für Kollert von 5 M und für Widelmacher von 2,60 M waren eine Seltenheit. Daß bei solchen Löhnen ein einigermaßen anständiger Wochenlohn nicht erzielt werden konnte, versteht sich von selbst. Auch die Lohnsätze für Zurlchter, Sortierinnen, Bekleber und Zigarettenmacherinnen waren so gering. Trotz dieser geringen Löhne waren Strafen in den Betrieben an der Tagesordnung. In einigen Fabriken hat man sogar

ein besonderes Lohnsystem eingeführt. Der Lohn wird veranschlagt nach Verbrauch von Um- und Deckblatt. Es ist ein sogenanntes Bestimmsystem. Das erste Hundert Zigaretten, das aus dem Paket Best gemacht wird, wird mit 10 M Lohn verrechnet; das weitere 100 mit 7,85 ufm., entsprechend den Sorten. Daß bei diesem System die Arbeiterinnen das Material bis zum äußersten auszunutzen, um die paar Pfennige Lohn zu erzielen, versteht sich am Rande. Es ist dies eine Greuelerei, die große persönliche Streitereien unter den Kolleginnen zur Folge hat. Mit diesem System und den Strafgebühren muß im Interesse der Arbeiterschaft bald aufgeräumt werden. Es ist nicht mehr zeitgemäß. Wenn die Firmen anständige Löhne zahlen, werden die Arbeiterinnen so wie so ihre Pflicht tun in Bezug auf die Schonung des Materials. Diese Regelung kann aber nur getroffen werden, wenn die Kolleginnen von Kaiserslautern alle ohne Ausnahme sich der Organisation anschließen und Ausbauer bewahren. Mit einem gelegentlichen Beitritt ist es nicht getan.

Wie steht es nun mit der Lohnbewegung der Tabakarbeiter Deutschlands hier in Kaiserslautern? Auch unsere Firmen haben die erste Lohnneigabe vom 20. März 1916 erhalten. Was ist bis heute geschehen, trotzdem wiederholt Eingaben gemacht wurden vom Deutschen Tabakarbeiterverband? Wir haben wohl den Wünschen der Herren Fabrikanten auf Ueberstunden, sogar Sonntagsarbeit entsprochen. Sind aber in Anbetracht der fortgesetzten Teuerung und sehr günstigen Geschäftslage unsere Löhne entsprechend aufgebessert worden? Nein und abermals nein! Wohl hat man reichlich spät eine sog. Kriegs- oder Teuerungszulage vor-genommen, die man sicherlich wieder in Abzug bringen will. Damit das verhindert wird und weitere Verbesserungen unserer Lebenslage erzielt werden können, muß heute schon gerüstet werden durch Zusammenschluß in der Organisation.

Das, was heute die Kaiserslauterer Kolleginnen an Lohn- und Teuerungszulagen erhalten, können sie schon vor 1 1/2 Jahren bekommen haben, wenn sie damals dem Rufe zur Organisation gefolgt wären. Zu spät ist es noch nicht; es kann noch vieles nachgeholt werden, wenn jetzt Ernst gemacht wird.

Ein besonderes Opfer bringt ihr nicht, Kolleginnen! Denn die Beiträge, welche gezahlt werden müssen, habt ihr durch die Organisation schon an Teuerungszulagen doppelt erhalten. Kolleginnen, seid keine Dürsteböcker! Hebt Solblichkeit! Habt Mut! Stellt euch in Reih und Glied, damit unsere Zukunft eine bessere wird! Seht, durch die Vermittlung des Tabakarbeiterverbandes sind bei der Firma J. Wertheimer die Friedenslohnsätze heute über 80 Proz. erhöht. Diese günstige Regelung kann bei allen Firmen durchgeführt werden, wenn die Kolleginnen nur wollen! Also nochmals, erklärt sofort euren Beitritt zum Verbande beim Kollegen S. Berg, Wallstraße 1.

Auch die Mitaller der mögen überall die Aufnahmen vornehmen und an obige Adresse abliefern. Die Aufnahmegebühr ist 50 M; der Beitrag 40 M, 50 M oder 65 M pro Woche. Schnell handeln!

Mehrere Kolleginnen.

Die Gewerkschaften zur Lebensmittelfrage.

Unter dem 21. Februar haben die verschiedenen deutschen Gewerkschaftsgruppen gemeinsame Eingaben dem Reichskanzler und dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts unterbreitet. Die beiden Eingaben sind von sämtlichen Vorständen der den folgenden Körperschaften angeschlossenen Organisationen unterzeichnet: Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Verband der Deutschen Gewerksvereine (D.-V.), Polnische Berufsvereinigung, Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht, Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände.

Die Eingabe an den Reichskanzler betrifft das Kriegsernährungsamt und hat folgenden Wortlaut:

Euer Excellenz!

Die unterzeichneten Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands geben Euer Excellenz Kenntnis von der bei liegenden Eingabe an das Kriegsernährungsamt, die sich gegen die

Wohnunbefriedigende Regelung der deutschen Ernährungsverhältnisse während der Kriegszeit wendet und die Ursachen dafür nicht lediglich in der Knappheit der Lebensmittel, sondern auch in dem Mangel einer strengen Durchführung gerechter Verteilung der vorhandenen Vorräte erkennt. — Die Erklärung für diese unzureichenden Maßnahmen ist darin zu suchen, daß das Kriegsernährungsamt zu sehr von der Durchführung seiner Maßnahmen seitens der Bundesregierungen abhängig ist und besonders durch den

Widerstand des preukaisers Landwirtschaftsministers gegen alle Eingriffe in die Sonderstellung der landwirtschaftlichen Erzeuger beengt wird. Diese Hemmnisse einer gerechten Regelung der Ernährung werden von der weitläufig überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung mit wachsender Sorge und Erbitterung verfolgt und müssen den dringenden Wunsch nach einer anderen Stellung des Kriegsernährungsamts, die es unabhängig von dem mangelnden Verständnis oder Willen einzelstaatlicher Verwaltungsorgane macht, nahelegen.

Dieses Verlangen wird zur staatslichen Notwendigkeit anerkannt, der großen Aufgaben, die zur Durchführung des Vaterländischen Hilfsdienstes erfordern. Der Vaterländische Hilfsdienst rückt die Ernährung der deutschen Zivilbevölkerung in gleiche Linie mit der Versorgung des Heeres und der Marine; denn bei der Fortdauer der Ernährungsschwierigkeiten würde die heimische Arbeitsschicht anerkennend sein, die Leistungen auf einer Höhe zu erhalten, wie sie die Landesverteidigung erfordert.

Die Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands, die die Pflicht übernommen haben, nach besten Kräften für die Durchführung des Vaterländischen Hilfsdienstes einzutreten, fühlen sich verpflichtet, auf diesen Zusammenhänge zwischen Hilfsdienst und Kriegsernährung besonders hinzuweisen und zur Abstellung der getragenen Mängel folgende Wünsche dem Herrn Reichskanzler zu unterbreiten:

1. Zwischen dem Kriegsernährungsamt und dem Kriegsernährungsamt ist eine angemessene Verbindung für das Gebiet der Lebensmittelversorgung herbeizuführen. Das Kriegsernährungsamt ist eine Abteilungsstelle des Heeres und des Flottenbedarfs an Lebensmitteln geschaffen, die die Bewandnis erhalten, an den Beschlüssen des Kriegsernährungsamts mitzuwirken, die Durchführung der Beschlüsse des Kriegsernährungsamts zu überwachen und die Lebensmittelvorräte für die allgemeine Volks- und Heeresversorgung zu beschaffen, zu entziehen und an der Verteilung derselben mitzuwirken.

2. In den Bezirken der einzelnen Generalkommissionen sind Unterämter des Kriegsernährungsamts für Lebensmittelbeschaffung zu bilden, auf die das Kriegsernährungsamt keine Funktionen übertragen kann, mit der Aufgabe, daß die Verteilung nach den Anordnungen der Zentralstellen zu erfolgen hat. Die Beauftragten des Kriegsernährungsamts haben das Recht, jeden Raum in dem verpackte Lebensmittel aufbewahrt oder verarbeitet werden, zu betreten und in die Verteilung jedes Betriebes der

Die unterzeichneten Organisationen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands bitten den Herrn Reichskanzler dringend, diese Wünsche in die ernste Erwägung zu ziehen und sobald im Besonderen zur Verwirklichung zu bringen.
(Unterschriften.)

Die Eingabe
an den **Präsidenten des Kriegsernährungsamts,**
betreffend **Organisation der Lebensmittelversorgung, lautet:**

Euer Excellenz!
Die Lebensmittelversorgung in Deutschland ist sich, je länger der Krieg dauert, immer mehr zu. Die Verteilungspolitik folgt dieser Tatsache nur unzureichend, so daß sich in den Kreisen der widerbemittelten Bevölkerung, besonders der Arbeiter und Angestellten eine

wachsende Erregung
bemerkbar macht, die für die weitere Entwicklung unserer Landesverteidigung und Kriegswirtschaft nicht unbeachtet bleiben kann. Diese Erregung wendet sich nicht gegen die Tatsache, daß infolge der sich schmerzhaft gestaltenden Erregung die Vorräte an Lebensmitteln immer knapper werden, denn damit muß bei weiterer Fortdauer des Krieges gerechnet werden; wohl aber nimmt sie Anstoß an der Art der Verteilung, die den berechtigten Widerspruch der darunter leidenden Volksschichten heranzuführen muß.

Diese Verteilung entspricht der strengen und gerechten Ordnung, die in der gegenwärtigen Lage der deutschen Bevölkerung unbedingt gefordert werden muß. Sie bewirkt, daß die ohnehin schon einen Mangel an Nahrungsmitteln leiden, und ernstlich es verschaffenden Kreisen, sich für Geld ausreichende Lebensmittel zu verschaffen zum Schaden der ärmeren Volksschichten. Gewissenlose Elemente unter der Erzeugern wie unter den Verbrauchern finden sich Händel zusammen, um wegen eines erhöhten Gewinnes oder Gewinnes das deutsche Volk um einen Teil seiner Nahrung zu betrügen, und die im Kriegsernährungsamt konzentrierte Staatsmacht ist nicht imstande, diese schmerzlichen Verbrechen an der Nation wirksam zu verhindern, weil einzelne bundesstaatliche Regierungen jeden zentralen Einariff in die landwirtschaftliche Erzeugungswirtschaft verhindern. Vor allem ist es

das preussische Landwirtschaftsministerium, das sich schuldig vor die privatwirtschaftlichen Ansprüche der Landwirte stellt und diesen eine Ausnutzung der Lebensmittelnot des deutschen Volkes sichert die das Reich in die größten Gefahren bringen muß. Es muß ausgesprochen werden, daß der preussische Landwirtschaftsminister als der Mittelpunkt aller Widerstände

in der Lebensmittelversorgung betrachtet werden muß, dessen Willen mit einer gesunden, ausgleichenden Regelung der Volksernährung im Kriege absolut unvereinbar ist. Bundesstaatliche Schranken, Maßnahmen auf die Erzeugern und Säen vor höherer Kontrollmaßregeln müssen dazu dienen, die Wege offenzuhalten, auf denen die Durchführung unserer Ernährungswirtschaft beruht und ihr Ansehen in allen Volksschichten zum Gespött gemacht wird.

Die Arbeiter und Angestellten, die allezeit ihre Kräfte in den Dienst der Landeswohlfahrt und Kriegswirtschaft geweiht haben, und deren Vertretungen über die Stimmungen unseres Volkes wohl unterrichtet sind, bitten gegen die Kost-

denen dieser jährliche festgesetzte Vorrat zu haben und eine Neuordnung der Ernährungsverhältnisse vorzuziehen, die für eine gerechte, aber auch strengere Durchführung der Verteilung der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel führt.
Vor allem hat sich hinsichtlich der mit der

Kartoffelversorgung
gemachten Erfahrungen große Enttäuschung aufgedeckt. Die im Widerspruch zu dem starken Andrang von Frühkartoffeln im Sommer 1916 stehende schlechte Ernte in Winterkartoffeln im Herbst gleichen Jahres gibt der Vermutung Raum, daß dieser Ernteausfall nicht bloß auf die Unannehmlichkeiten natürlicher Verhältnisse zurückzuführen ist, sondern auch auf Versäuerung der Anbauflächen und auf schlechte Bewirtschaftung. Ein solches Ergebnis müßte aber unter allen Umständen vermieden werden, wenn die Volksernährung nicht in Frage gestellt werden soll. Die vorhandene Knappheit allein auf die Minderernte, auf ungenügende Transportverhältnisse und auf Erschöpfung der Erntearbeiten zurückzuführen, begreuen berechtigten Zweifel. Es ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß der Ernteausfall geringer angegeben worden ist, um größere Mengen von Kartoffeln der Menschennahrung zu entziehen und für Fütterungszwecke zu reservieren, was mangels der Sicherung der Kartoffelmieten vor eigenmächtigen Einariffen leicht möglich ist. Die Preisaufschläge für einwinterliche Kartoffeln, die am 18. Februar 1917 in Kraft treten sollten, waren geplant, zur Aushaltung anzusetzen und die weitere Winterversorgung zu sichern. Deshalb müssen Maßnahmen getroffen werden, die die rechtzeitige Aufklärung der benötigten Kartoffelmengen in die Städte unter allen Umständen sichern.

Vor allem müssen die unterzeichneten Organisationen gegen jede weitere Herabsetzung der Kartoffelrationen ihre warnende Stimme, und gegen jede weitere Erhöhung der Preise für Speisekartoffeln energig Widerstand erheben. Es ist jedoch als irgend möglich eine Verkaufsaufnahme an Kartoffeln durchzuführen und, sofern deren Ergebnis dies als nötig erscheinen läßt, ein Verteilungserlöb für Kartoffeln für Schweine zu erlassen und mit wirksamen Maßnahmen durchzuführen. — (Schluß folgt)

Bekanntmachung.
Von Berlin. Als Nachfolger für den zum Seeresdienst eingezogenen Gauletter, Kollegen Rob. Denkschel, fungiert Kollege Georg Fischer, Berlin SO., Wiener Str. 57 b.

Als verloren gemeldet
wurde das Mitgliedsbuch SV 33 168, lautend auf Gust. Selme aus Burg — geb. 7. 1. 58 — eingetreten am 7. 7. 1913. Nr. 2. (S. 121 l. 3. 17.) Das Buch ist im Verzeichnungsstabe zu konstatieren und an den Vorstand zu senden.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (B. = Verbandsbeiträge, S. = Zurückzahl):
Am 26. Februar: Schorndorf B. 12,85. 28.: Frankfurt a. M. B. 150.—. 1. März: Berlin B. 550.—. Dörfelheim B. 500.—. 2.: Reilingen B. 100.—. 3.: Müngesheim B. 20.—. Redorels B. 27.—. Orjog B. 160.—. Nordhausen B. 700.—. Wiesbaden B. 10.—. 4.: Münden l. Hann. B. 100.—. Klein-Kragensburg B. 200.—. Burg b. Magdb. B. 50.—. Freiberg l. S. B. 400.—. 5.: Deltisch B. 100.—. Götzen B. 80.—. Ostersheim B. 125.—. Jirk B. 14.—. Berlin B. 200.—. 6.: Uchim B. 150.—. Ewenge B. 100.—. Kaiserslautern B. 200.—. Rabden B. 50,50. Frankfurt a. O. B. 200.—. Schölmars B. 100.—. Fürstenwalde B. 160.—. Dresden B. 2500.—. Gdingen

W. 100.—. 7.: Falkenberg B. 17,47. 8.: Müngesheim B. 50.—. Götlich B. 150.—. 9.: Bremen B. 200.—.
Die Bevollmächtigten werden ersucht, alle Überflüssigen Gelder umgehend einzulösen.
Bremen, den 11. März 1917.
B. Rieber-Belland.

Adressen-Veränderungen.
Altenburg (9). 1. Bev. Hr. Zschmann, Marktstr. 16.
2. Bev. Ernst Wälder, Hohestr. 28.
Schwarz (4). Alle Anschriften sind an Aus. Windbrödel, Ehrenh. Schölmars, Lemmer Str. 85, zu senden.
Hannover (2). 1. Bev. Karl Obermann, Dörnerstr. 29 II. Der Vorstand.

Gestorben:
Am 21. Januar starb zu Altona Wilhelmine Seppert aus Siegnitz, 43 Jahre alt.
Im Februar starb zu Hamburg Albert Weidemann aus Götzen, 54 Jahre alt.
Am 22. Februar starb zu Hamburg Heinrich Stame aus Siegnitz, 79 Jahre alt.
Am 23. Februar starb zu Dresden die Widw. Juliane Oemichen aus Götzen, 60 Jahre alt.
Am 1. März starb zu Mainz der Zigarrenarbeiter Nikolaus Gönninger aus Kreuznach, 28 Jahre alt.
Am 2. März starb zu Dresden der Tabakarbeiter Kurt Kutsche aus Dresden, 38 Jahre alt.
Am 2. März starb zu Hannover Wilhelm Schiffer aus Hilzenberg, 68 Jahre alt.
Am 5. März starb zu Altona Ferdinand Martens aus Saubert, 63 Jahre alt.
Am 9. März starb zu Altona Wilhelm Eubert aus Hamburg, 34 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!

Eckstein
Zigaretten
Einzig in Qualität
Trusffrei
KNECHTES-SÖHNE, DRESDEN

Größtes Wickelformenlager Deutschlands
JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER
L. COHN & CO.
BERLIN N., BRUNNENSTRASSE N° 24.
Verlangen Sie sofort kostenlos
Unsere Haupt-Preislisten Modellbogen, Zigarrenband, Zigarrenring, Papier, Tragenth-Muster etc.

Kaufen jedes Quantum
Ankauf-Dauerschein in unserem Besitz.
Tabak = Rippen
Sagen neu erschienen
Modellbogen 212
für Zigarren-Wickelformen

Carl Roland
Berlin SO 26
Kottbuserstrasse 4.
Sumatra-Decke ... 2. 3. 6,50
da. da. ... 2. 3. 7.—
Java-Umblatt, 2. 2g. ... 2. 3. 5,50
da. da. 3. 2g. ... 2. 3. 5,50
da. da. 2. 2g. ... 2. 3. 5,50
da. da. 2. 2g. ... 2. 3. 5,50
Carmen-Umbl. 1. 2g. ... 2. 3. 6,20
Brasil-Umbl. 1. 2g. ... 2. 3. 6,20
Kavaya ... 2. 3. 6,20
Tosant-Decke ... 2. 3. 6,50
Borant-Decke ... 2. 3. 6,50
G. R. R. ... 2. 3. 8.—

Achtung!
Sumatra-Decke, zweite Länge, Strohblatt, ganz hell und leicht, Nr. 6.40. 2. Länge, Strohblatt, mittel farben, Nr. 6.80. Dritte und zweite Länge, Nr. 7.50, 8.20, 9.25 und 10.20. Java- und Borfentland-Decke, Nr. 6.60, 6.75, 7.—. Umblatt und Einlage, Nr. 4.50, 4.85, 5.40 bis 5.85. Brasil-Deckblatt, höchste Qualität, Nr. 6.20 und 6.20. Umblatt und Einlage, großer gebodter Tabak, Nr. 5.75, 5.80, 5.90 und 6.10. Einlage, lose Blätter, Nr. 5.20. Seedleaf-Umblatt, Nr. 5.40 und 5.80. Paragaya-Umblatt, Nr. 5.00, 5.20 und 5.60. Havana, großblättrig malottiert, 5.80, 6.20 und 6.70. Havana-Decke, Swelta, höchste Qualität, Nr. 8.40 und 13.00. Paragaya, malottiert, großblättrig, Nr. 6.—.
Auf obige Preise gewähren wir noch 3% Extra. Gleichzeitig bitten wir, unser neuestes Preisverzeichnis Nr. 15 einzufordern.
Hengfoß & Maak, Altona-Ottensen.

DRUCKSACHEN
aller Art in moderner Ausführung für Private
BREMEN
J. H. SCHMALFELDT & CO.
BREMEN
GEEREN 6-8

Kein Tabakarbeiter darf mehr unorganisiert sein!
Gelesene Tabakarbeiter bilden ein vorzügliches Agitationsmittel, deshalb gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter!

Ca. 17000 gebrauchte Wickelformen
alle erdenklichen Fassons, tells wie neu,
zu sehr billigen Preisen am Lager
Fordern Sie Zusendung der Musterbogen
Heinrich Franck, Berlin N 54
Robtabakhandlung
Brunnenstrasse 22
Utensilien für Zigarrenfabriken